Die Tribüne
Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!
Jetzt anmelden die-tribuene.ch

Freitag, 30. Oktober 2026 | Nr. 44 | 68. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
JA zu fairen Bundessteuern
von David Vogelsanger
Seite 2

Kanton Zürich
Windkraft löst Energieproblematik nicht
von Paul von Euw
Seite 3

Aktuell
Keine Steuerspirale Richtung EU-Niveau
von Benjamin Fischer
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Steuergelder für linksgefärbte Kulturpolitik
von Sascha Rüegg
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
EU-Info-Anlass am 13.11. in Regensdorf
Seite 6

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

Eine Steuererhöhung macht die AHV nicht gesund

Am 29. November entscheidet die Stimmbevölkerung, ob die Mehrwertsteuer für die 13. AHV-Rente erhöht wird. Die Vorlage greift zu kurz: Sie belastet die Bevölkerung zusätzlich und lässt die AHV-Finanzierung trotzdem lückenhaft.

Die Stimmbevölkerung hat im März 2024 die 13. AHV-Rente angenommen. Dieser Entscheid ist zu respektieren. Doch die Rechnung war absehbar: Die zusätzliche Rente kostet zunächst über vier Milliarden Franken pro Jahr, später über fünf Milliarden. Ihre Finanzierung wurde im Initiativtext nicht geregelt. Jetzt soll die Bevölkerung mit einer höheren Mehrwertsteuer einen Teil der zusätzlichen Kosten tragen. Erst wird ein Versprechen gemacht, dann kommt die Rechnung. Das ist keine verantwortungsvolle Finanzplanung.

Die Mehrwertsteuer trifft auch Rentner

Ab 2028 soll der Normalsatz dauerhaft von 8,1 auf 8,5 Prozent steigen, der Satz für Übernachtungen von 3,8 auf 4 Prozent. Lebensmittel und Medikamente bleiben beim reduzierten Satz. Für viele andere Einkäufe und Dienstleistungen wird es teurer. Auch Rentnerinnen und Rentner zahlen diese Steuer. Wenn sie ihre zusätzliche Rente für mehrwertsteuerpflichtige Waren und Dienstleistungen ausgeben, fliesst ein Teil des Geldes über die Steuer wieder an die AHV zurück.

Eine halbe Finanzierung ist keine Lösung

Die höhere Mehrwertsteuer bringt der AHV 2028 rund eine Milliarde Franken, 2030 voraussichtlich 1,4 Milliarden pro Jahr. Dazu kommt der Bundesbeitrag. Der Bund übernimmt rund ein Fünftel der Kosten, 2030 mehr als 900 Millionen Franken. Zusammen decken die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen und der Bundesbeitrag etwa die Hälfte der Kosten der 13. Rente.

Die übrigen Mehrkosten muss die AHV vorerst aus ihren anderen Einnahmen und Reserven decken. 2026 und 2027 wird die 13. Rente bereits ausbezahlt, doch die zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen fliessen erst ab 2028. Die AHV braucht eine tragfähige, gesamthafte Finanzierung, keine halbe Lösung mit einer neuen Steuer.

«Bevor mehr Steuern erhoben werden, soll der Bund zeigen, wo er selbst sparen kann.»

Eine umfassende Reform statt Stückwerk

Die AHV ist zu wichtig für kurzfristige Pflästerlipolitik. Statt einzelne Abgaben zu erhöhen, braucht es eine umfassende Reform, die Einnahmen und Ausgaben gemeinsam betrachtet und die Finanzierung bis mindestens 2040 sichert. Das Parlament hat den Bundesrat bereits beauftragt, bis Ende 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Jahre 2030 bis 2040 vorzulegen. Diese Arbeit muss gründlich und offen erfolgen. Dazu gehört auch, schwierige Fragen nicht auszuklammern: Wie entwickeln sich die Ausgaben mit der Demografie? Welche strukturellen Schritte sichern die AHV langfristig? Und muss auch die Lebensarbeitszeit Teil der Diskussion sein? Ist es richtig, dass Handwerker bereits ab dem 18. Lebensjahr arbeiten und Beiträge einzahlen und Langzeitstudenten erst mit über 30 ins Erwerbsleben einsteigen und trotzdem beide mit 65 in Rente gehen können?

Auch der Bund muss Prioritäten setzen. Die zusätzlichen Kosten seines Beitrags an die 13. Rente sollen im Bundeshaushalt aufgefangen werden, statt einfach neue Schulden oder Abgaben zu schaffen. Dafür müssen die Ausgaben überprüft und nötigenfalls gesenkt werden – etwa bei Zahlungen ins Ausland, im Asylbereich und bei den Personalausgaben. Bevor den Bürgerinnen und Bürgern eine neue Rechnung präsentiert wird, muss der Bund zeigen, wo er selbst sparen kann.

NEIN zur höheren Mehrwertsteuer

Am 29. November steht nicht die Auszahlung der 13. AHV-Rente zur Abstimmung, sondern ihre Finanzierung durch eine höhere Mehrwertsteuer. Ein NEIN zur Steuererhöhung ist kein Nein zu den Rentnerinnen und Rentnern. Die beschlossene Auszahlung bleibt bestehen, zur Abstimmung steht allein die vorgeschlagene Steuererhöhung.

Es geht darum, ob ein Teil der Kosten dauerhaft mit einer höheren Mehrwertsteuer finanziert werden soll, ohne die Aufgabe zu erledigen. Ein Nein weist diese Lösung zurück und öffnet den Weg zu einer Gesamtfinanzierung. Die AHV braucht eine tragfähige Finanzierung. Bundesrat und Parlament müssen dafür eine umfassende Lösung vorlegen. Darum braucht es am 29. November ein klares NEIN zur höheren Mehrwertsteuer.

Erst wird ein Versprechen gemacht, dann kommt die Rechnung. Das ist keine verantwortungsvolle Finanzplanung. Bild: SVP

Martin Hübscher
Nationalrat SVP
Bertschikon

Christoph Mörgeli

Lauter «Aber»-Kandidaten

Vor den Bundesratswahlen erleben die Mäkler und Krittler in den Redaktionsstuben ihre seltenen Sternstunden. So präsentiert auch die «NZZ am Sonntag» eine Generalabrechnung mit den acht SVP-Bewerbern. Titel: «Lange Mängelliste der Bundesratskandidaten». Die «anderen Parteien» übten inzwischen Kritik an der Auswahl. Ja, womöglich drohe gar eine wilde Kandidatur. Gleich «Achtmal Aber» sagt darum das feine Sonntagsblatt. Es trete am Wahltag im Dezember nämlich fast nur die B- und C-Klasse an. Wie wenn die «NZZ am Sonntag» bei Magdalena Martullo, Esther Friedli oder Natalie Rickli kein «Aber» und damit kein Haar in der Suppe gefunden hätte.

Ein «Aber» gibt es beispielsweise bei Thomas Aeschi. Zwar spiele der SVP-Fraktionschef in der A-Klasse, er sei aber «zu verbissen». Der Aargauer Jean-Pierre Gallati? «Zu wenig auf Linie». Der Bernjurassier Pierre Alain Schnegg? «Zu alt». Die Genferin Céline Amaudruz? «Zu unbeliebt». Der Oberwalliser Franz Ruppen? «Zu erfolglos». Der zweite Oberwalliser Michael Graber? «Zu ruppig». Der Solothurner Rémy Wyssmann? «Zu querulatorisch». Der Tessiner Marco Chiesa? «Zu unambitioniert».

Darum sei klar, dass sich die Bundesversammlung vorbehalte, eine wilde Kandidatur zu unterstützen. Wie wenn ein «Wilder» keinerlei «Aber»-Vorbehalt auslösen würde. Erst am Schluss des Artikels in der «NZZ am Sonntag» erfolgt das Eingeständnis, dass die anderen Parteien «kein besonders grosses Interesse an einem starken SVP-Bundesrat» hätten. Was sie mit der Redaktion der «NZZ am Sonntag» gemeinsam haben.

Wie kam es denn heraus, als andere Parteien Bundesratskandidaten präsentierten, die medial kein grosses «Aber» ausgelöst haben? Zum Beispiel die Fixpreis-Wehrministerin Viola Amherd? Oder der heillos überforderte Justiz- und Asylminister Beat Jans? Oder die Trump-Telefonistin Karin Keller-Sutter? Ein «Aber» gibt es immer. Und besonders viele «Aber» gibt es bei den Besten. Es war für die SVP in ihrer 110-jährigen Geschichte noch nie möglich, die hocherhobenen gerümpften Nasen der Journalisten des Hauses NZZ zu glätten.

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

Die Fairness-Initiative der Mitte verdient unsere Zustimmung

Das Volk hat in unserem Staat immer das letzte Wort, aber das heisst nicht, dass es immer richtig entscheidet. Im März hat es das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung angenommen, welches die Forderungen einer Initiative der freisinnigen Frauen weitgehend aufgenommen, aber in ein blosses Gesetz umgegossen hat.

David Vogelsanger
Vizepräsident der SVP des Bezirks Affoltern Kappel a. A.

Mit diesem Buebetrickli einer Parlamentsmehrheit von Linksaussen bis zur angeblich immer noch bürgerlichen FDP wurde das für jede Initiative zwingende Erfordernis eines Ständemehrs umgangen. Die Abstimmung über das Gesetz zeigte dann klar, dass die freisinnige Initiative am Ständemehr gescheitert wäre, aber das Volksmehr wurde erreicht. Die Schweiz war in der Frage gespalten zwischen West und Ost, Stadt und Land.

FDP-Scheinlösung

Worum geht es? Mit dem heutigen Steuersystem sind wegen der progressiven Besteuerung Ehepaare tatsächlich gegenüber ehelos zusammenlebenden Personen benachteiligt. Das ist ein seit Jahrzehnten bekannter Missstand, den jedoch viele Kantone mit dem einfachen System des sogenannten Splittings längst gelöst haben. Das gemeinsame Einkommen, ob durch nur einen oder beide Partner zusammen erzielt, wird durch zwei geteilt und anschliessend zweimal besteuert. Nur eine Steuererklärung ist dafür notwendig, so wie bisher. Das ist gerecht, vermeidet eine zu hohe Progression und ist zudem völlig unbürokratisch. Nur der Bund und leider auch unser Kanton haben dies bisher nicht zustande gebracht.

Das leider angenommene Bundesgesetz über die Individualbesteuerung führt hingegen dazu, dass alle Ehepartner in Zukunft eigene Steuererklärungen einreichen müssen. Das führt zu einem gewaltigen Mehraufwand für alle verheirateten Steuerpflichtigen, aber vor allem auch für Bund, Kantone und Gemeinden. 1 800 000 zusätzliche Steuererklärungen müssen jedes Jahr von einem Heer zusätzlich einzustellender Beamter geprüft werden. Ebenso viele zusätzliche Veranlagungen müssen verschickt und von den Steuerämtern in Rechnung gestellt werden.

Dazu kommt, dass in Zukunft bei jedem Ehepaar nicht nur das Einkommen, sondern auch das Vermögen, inklusive Liegenschaften und Pensionskassenansprüchen, geteilt werden muss, genau wie bei einer Scheidung. Das ist grotesk! Weshalb wollten dies die Befürworter von ganz links bis zur FDP? Auf der Linken waren wohl die bekannten Vorbehalte gegenüber der traditionellen Ehe und Familie ausschlaggebend. Das Volk soll in individualisierte Lebensformen hineingeprügelt werden. Bei der FDP ist die Antwort wohl noch banaler: Möglichst viele zusätzliche Frauen sollen in den Arbeitsprozess gezwungen werden. Mit der Gleichstellung der Frau hat das alles wenig zu tun.

«Die Fairness-Initiative bietet eine gute Lösung, um den Fehler zu korrigieren.»

Gerecht und unbürokratisch

Die jetzt zur Abstimmung kommende Initiative der Mitte, die wir unterstützen, bietet eine gute Lösung, um den Fehler zu korrigieren. Es bleibt bei einer gemeinsamen Steuererklärung und Besteuerung für Ehepaare. Die Steuerämter würden aber die Veranlagung zweimal vornehmen, einmal für das gemeinsame Einkommen, ein zweites Mal individuell. Der tiefere Steuerbetrag gilt dann für das Ehepaar.

Diese Lösung der Mitte ist gerecht, und sie ist einfach. Sie vermeidet einen grotesken bürokratischen Aufwand und vor allem stellt sie klar, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, einzelne Lebensformen zu fördern. Es ist allein Sache der Bürgerinnen und Bürger, wie sie ihre persönlichen Beziehungen gestalten wollen, ob ein Paar seinen Lebensunterhalt mit zwei oder mit einem einzigen Einkommen bestreiten will und wer in der Ehe primär für die Betreuung von Kindern zuständig ist. Mutterschaft, oder auch Vaterschaft, ist nicht weniger wert als Lohnarbeit, ganz im Gegenteil!

«Jede Familie ist anders. Jede verdient faire Steuern. JA zur Fairness-Initiative.»

Aus all diesen Gründen verdient diese Initiative einer anderen Partei unser JA!

Stimmen auch Sie am 29. November JA zur Fairness-Initiative. Bild: zVg

EINFACH UNNÖTIG

Über 44 Millionen für ein Parlaments-Besucherzentrum

In der Herbstsession hat der Nationalrat über 44 Millionen Franken für ein Parlaments-Besucherzentrum gesprochen. Die SVP war als einzige Fraktion dagegen. Ein Originalbesuch im altehrwürdigen Bundeshaus ist halt immer noch besser. Jährlich besuchen rund 100 000 Menschen das Parlamentsgebäude.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP Pfäffikon

Die Schweiz ist eine direkte Demokratie. Die Herrschaft gehört dem Volk. Darum braucht es eigentlich keine Extrabauten, die Regierung und Parlament grösser machen, als sie sind.

Von links bis zur FDP

Linke bis FDP haben in der Herbstsession 44 Millionen Franken für ein Parlaments- und Besucherzentrum durchgewunken, das im ehemaligen CS-Gebäude am Bundesplatz auf über 2000 Quadratmetern und fünf Geschossen geplant ist, inkl. Shop, interaktiver Ausstellung, Debattenspielen, Veranstaltungsräumen und Büros.

Dekadent und abgehoben

Die Zürcher SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann fragt mit Recht: Wozu? Wer den Parlamentsbetrieb besuchen wolle, komme nicht in ein steriles Nebengebäude, sondern ins historische Bundeshaus, wo der Parlamentsbetrieb stattfinde, so Steinemann. Das Parlaments-Besucherzentrum sei «total dekadent und abgehoben». Der jurassische SVP-Nationalrat Thomas Stettler brachte die Gemütslage der Gegner schön auf den Punkt: «Ich will lieber weiterhin eine leicht beschränkte Zahl Besucher sehen, die dieses Haus mit leuchtenden Augen verlassen und dieses Erlebnis mit Begeisterung hinaustragen. Das Projekt Besuchs- und Informationszentrum ist nichts anderes als ein Abspeisen einer Masse von Besuchern, die am Ende frustriert am Bundeshaus vorbeigehen wird. Auch wir wollen Besucher empfangen, aber bitte unter dieser Kuppel, denn die gelebte Demokratie erlebt man hier drin und nicht im ehemaligen Empfangsraum einer gescheiterten Grossbank.»

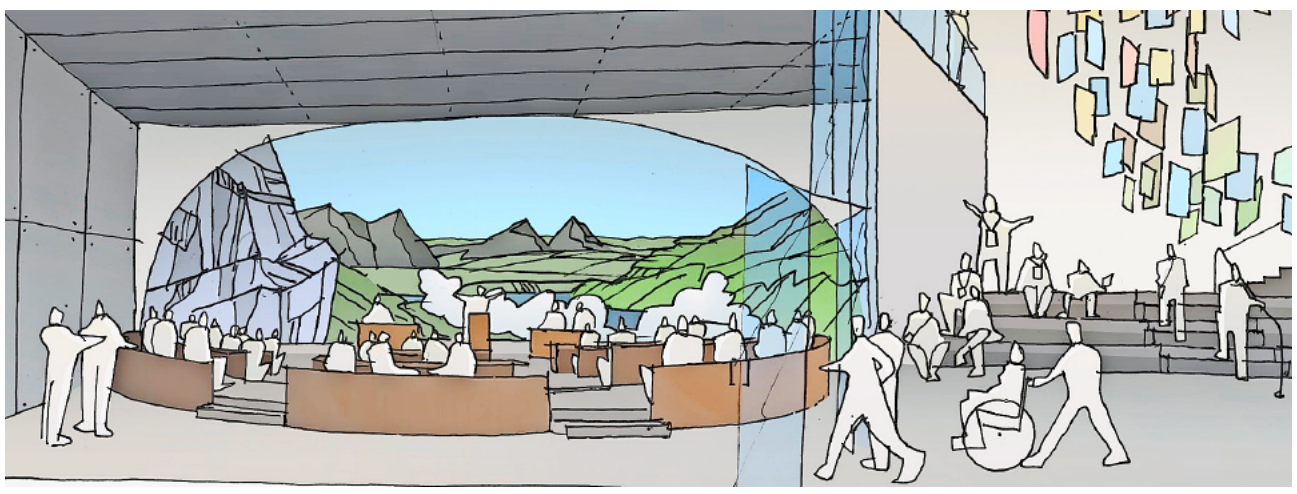
«Ein Besuch im Bundeshaus lässt sich nicht durch ein Besucherzentrum ersetzen.»

Ständeratskommission dagegen

Wie der «Blick» diese Woche schrieb, wackelt das Besucherzentrum aber. Es ist der Finanzkommission des Ständerats zu teuer. Allein die Jahresmiete beträgt 1,6 Millionen Franken, dazu kommen 93 000 Franken Nebenkosten. Nun beantragt die Kommission mit 7 zu 6 Stimmen, die Vorlage zurückzuweisen. Sie verlangt, das Zentrum in einer Liegenschaft des Bundes unterzubringen oder den Kauf des Gebäudes am Bundesplatz zu prüfen. Zudem soll eine schlankere Betriebslösung mit weniger zusätzlichem Personal und tieferen jährlichen Kosten gefunden werden.

Opposition von der SVP

Die Ständeratskommission moniert auch, dass viele das Originalgebäude sehen wollen und nicht das Informationszentrum. SVP-Nationalrat Erich Hess (Bern) hatte bereits im Juni 2024 mit einem Vorstoss den Verzicht auf das Informationszentrum gefordert. Im Nationalrat war er damit vorerst zwar gescheitert. In der Immobilienbotschaft räumte aber auch das Parlament ein, andere Projekte hätten Vorrang. In der Wintersession kommt das Geschäft in den Ständerat.



44 Millionen Franken soll das Parlaments- und Besucherzentrum kosten. Bild: parlament.ch/Bellprat Partner AG

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Windräder, Schulden und etwas zu Vögeln

An seiner Doppelsitzung vom Montag behandelte der Zürcher Kantonsrat zahlreiche Geschäfte. Zwei Themen möchte ich hervorheben: die umstrittenen Windkraftanlagen und die finanzielle Zukunft unseres Kantons.

Andreas Keiser
Kantonsrat SVP
Glattfelden

Der Kantonsrat diskutierte eine GLP-Interpellation zur finanziellen Beteiligung von Gemeinden und Bevölkerung an Windenergieanlagen. Die Idee: Wer riesige Windräder vor die Haustüre gestellt bekommt, soll wenigstens finanziell davon profitieren.

Windräder: Akzeptanz lässt sich nicht kaufen

Der Regierungsrat zeigte jedoch die rechtlichen Hürden eines obligatorischen «Windzinses» auf: Dafür müsste faktisch ein staatliches Windmonopol geschaffen werden. Auch eine verpflichtende Beteiligung an Betreibergesellschaften wäre angesichts der Wirtschaftsfreiheit problematisch.

Bild: SVP Kanton Zürich

Aus Sicht der SVP greift die Diskussion zu kurz. Zürich ist und bleibt kein Windkanton, auch wenn der grüne Baudirektor seine Windturbinenpläne ideologisch vorantreibt. Entscheidend ist nicht, wie viel Geld Betroffene erhalten, sondern ob diese Anlagen überhaupt gebaut werden sollen. Wir wehren uns gegen die Verschandelung unserer Landschaft und wollen die Bevölkerung vor Immissionen schützen. Zudem würden Windkraftanlagen lediglich rund drei bis fünf Prozent zur künftigen Zürcher Stromversorgung beitragen.

> *«Die Sorgen der betroffenen Bevölkerung müssen ernst genommen werden.»*

Die Sorgen der betroffenen Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Finanzielle Anreize dürfen die demokratische Mitsprache nicht ersetzen. Akzeptanz lässt sich nicht kaufen!

Schuldenbremse: Verantwortung statt Schuldenwirtschaft

Mit dem Postulat «Kantonale Schuldenbremse» wollten SVP, FDP und Mitte erreichen, dass der Kanton seine Investitionen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert. Die heutige Regelung verlangt zwar eine ausgeglichene Erfolgsrechnung über mehrere Jahre, verhindert aber eine steigende Verschuldung für Investitionen nicht.

> *«Wir dürfen die Rechnungen von heute nicht den Steuerzahlern von morgen überlassen.»*

Zwischen 2015 und 2024 stieg das kantonale Fremdkapital von 12 auf 14 Milliarden Franken. 2023 betrug das Finanzierungsdefizit 358 Millionen Franken. Die ursprüngliche Finanzplanung sah gar rund drei Milliarden Franken zusätzliche Schulden innerhalb weniger Jahre vor.

Der Regierungsrat hält zusätzliche Vorschriften dennoch für unnötig und verweist auf seine Investitionspriorisierung. Mit knappen 89 zu 87 Stimmen lehnte der Kantonsrat eine abweichende Stellungnahme ab, die Schwächen der Schuldensteuerung ausdrücklich benannt hätte. Das Postulat wurde ohne diese Ergänzung abgeschrieben.

Für die SVP ist klar: Wir dürfen die Rechnungen von heute nicht den Steuerzahlern von morgen überlassen. Nachhaltige Finanzpolitik braucht Ausgabendisziplin, klare Prioritäten und Zurückhaltung bei neuen Staatsaufgaben.

Die Grünen sind gut zu Vögeln

Für einen besonders heiteren Moment sorgte die Interpellation der Grünen «Brütende Wasservögel weniger stören». Die durch ein SP-Votum ausgelöste Situationskomik führte zu grossem Gelächter im Ratssaal. Wer diese Szene nochmals erleben möchte, kann sie sich – wie auch sämtliche anderen Kantonsratssitzungen – im audiovisuellen Archiv des Kantonsrats ansehen.

Für die SVP steht fest: Ob bei milliardenschweren Investitionen oder umstrittenen Windkraftprojekten – der Staat muss Prioritäten richtig setzen, mit Steuergeldern verantwortungsvoll umgehen und die Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen.

Den Lacher im Kantonsrat finden Sie hier:

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Windkraft löst die Energieproblematik nicht

Paul von Euw
Kantonsrat
Bauma

Auch finanzielle Abgeltungen an Gemeinden machen die Windkraft nicht besser. Windkraftanlagen werden als wichtiger Beitrag zur Energiewende dargestellt. Doch sie können die grundlegenden Probleme der Energieversorgung nicht lösen. Ihre wetterabhängige Produktion, der zusätzliche Bedarf an Netzen, Speichern und Reserveleistung sowie die Eingriffe in Natur und Landschaft verlangen eine nüchterne Gesamtbetrachtung.

Die Schweiz braucht jederzeit genügend Strom – auch an windstillen Wintertagen und in Zeiten hoher Nachfrage. Windkraft liefert jedoch nicht bedarfsgerecht, sondern abhängig vom Wetter. Zusätzliche Anlagen erhöhen zwar zeitweise die Produktion, ersetzen aber keine gesicherte Leistung. Für eine verlässliche Versorgung bleiben deshalb Speicher, Reservekraftwerke, leistungsfähige Netze, Importe und andere Energiequellen wie beispielsweise Gaskraftwerke notwendig.

Damit stellt die Windkraft keine realistische Lösung für die Energieproblematik dar. Entscheidend ist nicht allein die installierte Leistung, sondern wie viel Energie tatsächlich zur richtigen Zeit verfügbar ist und zu welchen Gesamtkosten. Prognosen zu Ertrag und Wirtschaftlichkeit müssen deshalb transparent, aktuell und realistisch sein. Andernfalls entsteht der Eindruck, neue Anlagen könnten Versorgungslücken schliessen, die sie technisch gar nicht jederzeit abdecken können.

Auch der Ausbau selbst schafft neue Herausforderungen. Schwankende Einspeisung verlangt Netzausbauten, Regelenergie und Speichermöglichkeiten. Gleichzeitig beanspruchen Windenergieanlagen Raum und können Landschaft, Lebensräume und Tierwelt beeinträchtigen. Wer diese Folgen ausblendet, verschiebt einen Teil der Energieproblematik, statt sie zu lösen. Eine verantwortungsvolle Politik muss Versorgungssicherheit, Kosten, Umweltwirkungen und Akzeptanz gemeinsam bewerten.

Finanzielle Leistungen an Standortgemeinden und unmittelbar Betroffene können sinnvoll sein. Sie ändern jedoch nichts an den technischen Grenzen der Windkraft und dürfen kein Ersatz für demokratische Mitwirkung sein. Gemeinden und Bevölkerung müssen frühzeitig erfahren, welchen realen Beitrag ein Projekt zur Versorgung leistet, welche Folgekosten entstehen und welche Belastungen vor Ort zu erwarten sind. Und sie müssen zwingend über die Anlagenbauten mitbestimmen können.

Investoren und Energieunternehmen dürfen ländliche Räume nicht bloss als verfügbare Standorte betrachten. Grundeigentum, kommunale Selbstbestimmung und Lebensqualität verdienen Respekt. Kommt ein Projekt mit Zustimmung der Bevölkerung zustande, sind faire Steuern, klare Entschädigungen und verbindliche Umweltauflagen notwendig. Eine finanzielle Beteiligung macht aus einem begrenzten Energieträger jedoch noch keine tragende Lösung für die Versorgungssicherheit.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Bereit für die nächsten Herausforderungen

Natürlich haben wir als erste Herausforderung die vier eidgenössischen Abstimmungsvorlagen am 29. November zu gewinnen, also JA zum Kriegsmaterialgesetz, JA zur Fairness-Initiative sowie NEIN zur MwSt-Erhöhung und NEIN zur Feuerwerksinitiative.

Aber unser Fokus richtet sich natürlich bereits auf das Superwahljahr 2027 und allenfalls die Abstimmung zum EU-Unterwerfungsvertrag, der vielleicht bereits im Juni 2027 zwischen den kantonalen Wahlen im April und den nationalen Wahlen im Oktober zur Abstimmung kommt.

Mobilisierung für die November-Abstimmungen

Nächste Woche treffen die Unterlagen für die November-Abstimmungen bei Ihnen ein. Füllen Sie diese umgehend aus und mobilisieren Sie in Ihrem Umfeld weitere Personen, die im Sinne der SVP-Parolen abstimmen.

Kantonale Wahlen am 4. April 2027

Die Kantonalpartei, die Bezirke und natürlich auch alle 180 Kandidatinnen und Kandidaten arbeiten mit Hochdruck daran, dass alles bereit ist, um einen engagierten Wahlkampf zu führen und dann im April die verdienten Früchte und Erfolge einfahren zu können.

Bei den Regierungsratswahlen ist unser klares Ziel, unsere beiden Kandidaten, Regierungsrätin Natalie Rickli und Nationalrat und Regierungsratskandidat Martin Hübscher, in die Kantonsregierung zu bringen – zusammen mit mindestens zwei weiteren bürgerlichen Kandidaten.

Die Kantonsratswahlen stehen klar unter der Zielsetzung, einige zusätzliche Kantonsratsmandate zu gewinnen, sodass die SVP gestärkt und mit einer grösseren Mehrheit in die nächste Legislaturperiode 2027–2031 im Mai 2027 starten kann. Die seit Jahren vorherrschende Patt-Situation zwischen Links-Grün und dem bürgerlichen Block ist aufzubrechen und mit einem Zuwachs von SVP-Mandaten können wir unsere erfolgreiche SVP-Politik noch besser machen.

Abstimmung zum EU-Unterwerfungsvertrag im Juni 2027?

Die Debatte in der vergangenen Herbstsession im Ständerat zu den EU-Verträgen bzw. zum Ständemehr stimmt uns zwar positiv, aber es ist anzunehmen, dass in der grossen Kammer das doppelte Mehr einen deutlich schwierigen Stand haben wird. Die Schlussabstimmung wird zeigen, ob wir bereits am 6. Juni über den EU-Unterwerfungsvertrag abstimmen werden, und wenn ja, dann gilt es, bereits Anfang des nächsten Jahres Unterschriften für die dafür notwendigen Referenden zu sammeln. Sollte es so weit kommen, sind wir UNBEDINGT und VORBEHALTLOS auf Ihre Unterstützung angewiesen. Deutlich mehr als 50 000 Unterschriften pro Referendum innert drei Monaten müssen zusammenkommen und das gelingt nur, wenn Sie unseren Aufrufen Folge leisten werden und uns entsprechend helfen werden. Weitere Informationen folgen aber sicherlich zum gegebenen Zeitpunkt durch die Kantonalpartei.

Und zuletzt im Herbst 2027: Ständerats- und Nationalratswahlen

Ein Jahr vor dieser Wahl beschäftigen wir uns natürlich auch schon mit den Ständerats- und Nationalratswahlen vom 24. Oktober 2027. Hier haben die entsprechenden Gremien bereits die Arbeit aufgenommen, damit wir auch hier Erfolge feiern können. Tragen Sie sich doch schon jetzt den Samstag, 28. August 2027, für den nationalen Wahlauftakt in Kriens LU in Ihre Agenda ein. Wie 2023 wird die SVP Schweiz wiederum einen grossen Wahlauftakt auf die Beine stellen.

Es gilt zu kämpfen, nicht nachzulassen, die Ärmel hochzukrempeln, damit die SVP weiterhin erfolgreich die dringend notwendige, richtige Politik umsetzen kann.

von Marco Calzimiglia

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

JA zum Kriegsmaterialgesetz. JA zur Schweizer Armee.

Die Welt ist unsicherer geworden. Der Krieg in Europa, internationale Spannungen und neue Bedrohungen zeigen deutlich: Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Wer Freiheit, Wohlstand und Unabhängigkeit bewahren will, muss bereit sein, diese zu schützen.

Jacqueline Hofer
Kantonsrätin SVP
Dübendorf

Am 29. November stimmen wir über die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ab. Für mich ist klar: Die Schweiz braucht eine starke Armee. Und eine starke Armee braucht eine leistungsfähige Sicherheits- und Rüstungsindustrie im eigenen Land.

Die Schweiz darf nicht in eine gefährliche Abhängigkeit vom Ausland geraten. Wenn wir unsere sicherheitsrelevanten Fähigkeiten verlieren, verlieren wir auch ein Stück unserer Souveränität. Eine Armee kann ihren Auftrag nur erfüllen, wenn das notwendige Know-how, die Technologie und die Produktionskapazitäten im Land erhalten bleiben.

Genau darum geht es bei dieser Vorlage. Sie schafft die Voraussetzungen, damit die Schweizer Sicherheitsindustrie wettbewerbsfähig bleibt und unser Land auch künftig über die notwendigen Fähigkeiten verfügt, um die Armee auszurüsten und die Landesverteidigung sicherzustellen.

Wer heute glaubt, Sicherheit sei selbstverständlich, verkennt die Realität. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich die geopolitische Lage rasch verändern kann. Die Schweiz muss deshalb handlungsfähig bleiben und rechtzeitig Vorsorge treffen.

Die Gegner behaupten, die Vorlage schwäche die Neutralität. Das Gegenteil ist richtig. Neutralität ist nur glaubwürdig, wenn sie durch eine starke und einsatzbereite Armee abgesichert wird. Wer sich nicht selber verteidigen kann, macht sich abhängig von anderen. Das entspricht weder unserer Tradition noch unserem Verständnis von Freiheit und Eigenverantwortung.

Auch künftig gelten klare Regeln. Die Schweiz hält an ihren internationalen Verpflichtungen, am Neutralitätsrecht und am Schutz der Menschenrechte fest. Die Vorlage schafft keine schrankenlosen Exportmöglichkeiten, sondern mehr Handlungsspielraum in einer sicherheitspolitisch anspruchsvollen Zeit.

> *«Wer sich nicht selber verteidigen kann, macht sich abhängig von anderen.»*

Die Schweiz war immer dann erfolgreich, wenn sie Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernommen hat. Dazu gehört eine gut ausgerüstete Armee, eine starke Verteidigungsindustrie und der Wille, die Unabhängigkeit unseres Landes zu bewahren.

Darum sage ich am 29. November überzeugt: JA zum Kriegsmaterialgesetz. JA zu einer starken Schweizer Armee. JA zu einer sicheren, freien und unabhängigen Schweiz.

WAHLAUFTAKT DER SVP IM CHESSELHUUS PFÄFFIKON

Die SVP stimmt sich auf die Wahlen ein

Am Donnerstagabend, 22. Oktober 2026, lud die SVP des Kantons Zürich zum Wahlauftakt ins Chesselhuus Pfäffikon. Unter dem Motto «für eusi Lüüt» kamen 400 Mitglieder und Sympathisanten zu einem politischen Abend zusammen. Der Anlass bot der Partei die Gelegenheit, ihre beiden Regierungsratskandidaten gemeinsam mit der nationalen und kantonalen Parteispitze zu präsentieren und die politische Ausrichtung für die kommende Wahlkampfphase zu unterstreichen.

SB. Domenik Ledergerber, Präsident der SVP des Kantons Zürich, richtete den Blick auf die bevorstehenden Wahlen und die Aufgaben der Kantonalpartei. Für ihn gehe es darum, die Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen, eigene Lösungen aufzuzeigen und diese im Wahlkampf klar zu vertreten. Die Partei wolle deutlich machen, welche politischen Ziele sie für den Kanton verfolgt.

«Die kommenden Wahlen sind enorm wichtig, um den Kanton Zürich weiter in eine Richtung zu gestalten, die den Anliegen der Bevölkerung Rechnung trägt. Wir wollen Lösungen aufzeigen und uns mit Überzeugung für eusi Lüüt einsetzen. Dafür braucht es eine starke SVP, die ihre Positionen klar vertritt und Verantwortung übernimmt», sagte Ledergerber.

Marcel Dettling: Zürichs Bedeutung für die Schweiz

SVP-Schweiz-Präsident Marcel Dettling ordnete den Wahlkampf aus nationaler Sicht ein. Der Kanton Zürich sei aufgrund seiner Bedeutung für das Land ein wichtiger politischer Schauplatz. Eine starke Vertretung der SVP im Kanton wirke sich deshalb auch auf die politische Diskussion auf nationaler Ebene aus. Im Wahlkampf müsse die Partei ihre Positionen verständlich vermitteln und zeigen, wofür sie einstehe.

«Der Kanton Zürich ist für die ganze Schweiz von grosser Bedeutung. Eine starke SVP hier sorgt dafür, dass die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gehört werden – im Kanton ebenso wie auf nationaler Ebene. Im Wahlkampf müssen wir deutlich machen, wofür wir einstehen und welche Veränderungen nötig sind. Es braucht eine geradlinige Politik», betonte Dettling.

Natalie Rickli: Verantwortung weitertragen

Regierungsrätin Natalie Rickli sprach über ihre Kandidatur und ihr Engagement für den Kanton. Ihre Arbeit in der Regierung habe ihr gezeigt, wie wichtig es sei, Verantwortung zu übernehmen und politische Anliegen in konkrete Arbeit zu übersetzen. Mit ihrer erneuten Kandidatur wolle sie sich weiterhin für die Zürcher Bevölkerung einsetzen. Dabei gehe es aus ihrer Sicht darum, Bewährtes fortzuführen und zugleich dort Verbesserungen anzupacken, wo sie nötig seien.

«Ich kandidiere, weil ich mich weiterhin mit voller Kraft für die Zürcherinnen und Zürcher einsetzen möchte. Die Arbeit als Regierungsrätin hat mir gezeigt, wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen und konkrete Lösungen voranzubringen. Ich möchte Bewährtes weiterführen und dort anpacken, wo Verbesserungen nötig sind», erklärte Rickli.

Martin Hübscher: zuhören und Lösungen voranbringen

Auch Regierungsratskandidat Martin Hübscher stellte seine Motivation und seine Haltung zur politischen Arbeit vor. Entscheide müssten sich an den Anliegen der Menschen orientieren und sich im Alltag bewähren. Dazu gehöre, unterschiedliche Erwartungen ernst zu nehmen, zuzuhören und Lösungen zu entwickeln, die praktisch umsetzbar seien.

«Ich möchte mich für Lösungen einsetzen, die im Alltag der Zürcherinnen und Zürcher etwas bewirken. Dafür will ich zuhören, unterschiedliche Anliegen ernst nehmen und mich mit Überzeugung einbringen. Mir ist wichtig, dass politische Entscheide nahe bei den Menschen bleiben und sich in der Praxis bewähren», sagte Hübscher.

Politik und Begegnungen

Neben den vier Rednern waren zahlreiche Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten angekündigt. Die Gäste konnten damit auch jene kennenlernen, die bei den kommenden Wahlen für einen Sitz im Kantonsrat kandidieren. Der Wahlauftakt brachte so verschiedene Ebenen der Partei zusammen: die Regierungsratskandidaten, die kantonale und nationale Parteispitze sowie die Kandidierenden für das kantonale Parlament.

Für die gesellige Umrahmung sorgte die Partyband Compass. Damit verband der Anlass die politischen Ansprachen mit einem gemeinsamen Abend und der Möglichkeit zum persönlichen Austausch.

400 Mitglieder und Sympathisanten kamen im Chesselhuus zum Wahlauftakt zusammen. Bild: SVP

SVP-Schweiz-Präsident Marcel Dettling betonte die Bedeutung der Zürcher SVP. Bild: SVP

Kantonalpräsident Domenik Ledergerber schwor die Gäste auf einen intensiven Wahlkampf ein. Bild: SVP

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER: NEIN ZUR MEHRWERTSTEUER-ERHÖHUNG

Keine Steuerspirale Richtung EU-Niveau!

Zur Finanzierung der 13. AHV-Rente wollen die Linken und Heimatmüden der Bevölkerung ein weiteres Mal tief ins Portemonnaie greifen und die Mehrwertsteuer (MwSt) erhöhen. Das würde das Leben für alle verteuern und insbesondere Familien, Berufstätige und Rentner belasten. Das Milliardenloch in der AHV würde trotzdem weiter bestehen.

Benjamin Fischer
Nationalrat SVP
Oberweningen

Im Abstimmungskampf zur 13. AHV-Rente erklärte der Gewerkschaftsbund, die AHV sei solide und die Einführung der 13. Rente sei ohne zusätzliche Finanzierung möglich. Das waren nichts als leere Versprechungen. Jetzt präsentieren die Linken und Heimatmüden die Rechnung: Die Bevölkerung soll mehr Mehrwertsteuer und damit dauerhaft mehr Steuern bezahlen.

Unseren Vorteil verteidigen

Konkret geht es um die unbefristete Erhöhung des MwSt-Normalsatzes von heute 8,1 Prozent auf neu 8,5 Prozent und des Hotelleriesatzes von 3,8 auf neu 4 Prozent. Dies soll ab 2029 jährlich rund 1,4 Milliarden Franken einbringen.

Eine Dauersteuer, die das Leben von uns allen verteuert. Die jedoch das Finanzierungsproblem nicht löst: Die 13. AHV-Rente kostet bereits 2026 über vier Milliarden Franken, ab 2035 voraussichtlich über fünf Milliarden pro Jahr. Trotz höherer Mehrwertsteuer bleibt

«Es braucht eine strukturelle Reform statt den Griff ins Portemonnaie der Bürger.»

der AHV 2035 gemäss Bund ein jährliches Defizit von rund drei Milliarden Franken.

Nicht nur bei der AHV – auch bei der Armee-Finanzierung fehlt das Geld und Mitte-Verteidigungsminister Pfister schielt auf eine weitere Erhöhung der MwSt. Wir wollen keine Mehrwertsteuer auf EU-Niveau! In Deutschland beträgt der Normalsatz 19 Prozent, in Frankreich und Österreich 20 Prozent. Unsere deutlich tieferen Steuersätze sind ein Vorteil, den wir verteidigen müssen.

Richtige Prioritäten setzen

Statt der hart arbeitenden Bevölkerung immer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, muss der Bund Prioritäten setzen: sparen bei Asyl und Migration, wofür 2026 allein beim Bund rund 3,8 Milliarden Franken budgetiert sind. Sparen liesse sich auch bei der Entwicklungshilfe und bei den EU-Zahlungen – statt diese Milliarden ins Ausland zu verschenken, soll das Geld jenen zugutekommen, die es erarbeitet haben: den Schweizer Steuerzahlern. Gleichzeitig braucht es eine strukturelle AHV-Reform, die Einnahmen und Ausgaben dauerhaft ins Gleichgewicht bringt.

Die Vorlage macht das Leben teurer und lässt die Finanzierungslücke bestehen. Deshalb am 29. November: NEIN zur Mehrwertsteuer-Erhöhung!

Sie möchten inserieren?
Dann melden Sie sich bei uns!
Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.
SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

ZUM EU-PAKET

Die Unabhängigkeit der Justiz gilt es zu bewahren

Die Unabhängigkeit unserer Gerichtsbarkeit gehört zu den wertvollsten Errungenschaften der Schweiz. Diese Unabhängigkeit gilt es zu bewahren und zu verteidigen.

Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Die Justiz war in der Schweiz nicht immer unabhängig. Aber schon 1291 kämpften unsere Vorfahren um diese. Erst seit 1848 ist diese verfassungsmässig in der ganzen Schweiz verankert. Nun droht deren Aufgabe durch das EU-Vertragspaket. Die führenden Staatsrechtsprofessoren Giacometti, Kägi und Nef gaben mir auf den Weg, dass der Rechtsstaat nur gesichert ist, wenn unsere Justiz unabhängig ist; bezeichnenderweise hatten sie ihre Wurzeln im Bergell und im Appenzellerland. In der RS lernten wir: Halbheiten werden nicht geduldet! Jede Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz ist Gift für einen demokratischen Rechtsstaat. Die Justiz hat nur und nur dem Recht zu dienen, sie muss unabhängig sein von den anderen Staatsorganen. Sie muss auch unabhängig sein von den Verbänden aller Art. Sie muss ebenfalls intern unabhängig sein, wie die Affäre Donzallaz / van de Graaf zeigt. Die Justiz der Schweiz hat vor allem auch unabhängig von fremden Organisationen und vor allem von fremdem Recht zu sein.

Die Unabhängigkeit der Justiz ist stärker bedroht, als wir meinen

Viele Politiker, nicht nur Linke, sondern auch Freisinnige, hören lieber Posaunen aus Brüssel als unsere Ländlermusik, das Rütlilied oder das Wylandlied. Ob das schiefe EU-Paket abgelehnt wird, ist keineswegs gesichert. Jede verantwortungsbewusste Schweizerin und jeder verantwortungsbewusste Schweizer ist aufgerufen, unsere Werte zu verteidigen. Es gilt, die verwirrten Köpfe, die nicht wenige sind, zu entlarven: Sie predigen die Stabilisierung von Europa und rufen nach dem Beitritt zum EU-Paket. Dies tut auch eine Grosszahl von Medien. Sie verschweigen, dass die Säulen der EU – Deutschland und Frankreich – alles andere als stabil sind; wer beteiligt sich an einem Bauwerk, dessen tragende Säulen schwanken? Zur Justiz: Wenn wir mit einem EU-Erlass künftig nicht einverstanden sind, so entscheidet die sogenannte «Gemischte Kommission». Dabei ist trotz den Beteuerungen von Bundesrat Cassis keineswegs gesichert, dass die schweizerischen Interessen gewahrt werden, denn es ist doch die Frage, wer die Schweiz im «Gemischten Ausschuss» vertritt; allenfalls ein Diplomat aus dem Departement Cassis? Wenn die Schweiz alsdann einen EU-Erlass nicht übernimmt, so hat sie eine «Ausgleichszahlung» zu leisten. Ausgleich für was? Für einen fremden Erlass …!

Unabhängiges EU-Schiedsgericht?

Sind in einem Streitfall die Parteien nicht einig, so wird ein Schiedsgericht bestellt. Jede Partei bestimmt einen Schiedsrichter. Die beiden ernennen den Präsidenten des Schiedsgerichtes. Nicht selten sind sie sich jedoch nicht einig. In diesem Fall hat ein EU-Organ den Schiedsvorsitzenden zu bestimmen. Dann braucht es aber gar kein Schiedsgericht mehr; die Sache ist doch entschieden, denn der Vorsitzende wird den schweizerischen Standpunkt verwerfen. Dies ist «Unabhängigkeit nach EU». Im bisherigen Recht der Schweiz hat in einem solchen Fall ein unabhängiges Organ den Präsidenten des Schiedsgerichtes zu bestimmen; in Zürich ist dies das Obergericht. Damit ist die Unabhängigkeit gewahrt.

BLOCHERS KLARTEXT

Rumoren im Bundesgericht

Das Schweizerische Bundesgericht ist das einzige mir bekannte Gericht, das sich selber verwaltet. Dieses Bundesgericht reagiert sehr empfindlich auf jegliche Aufsicht, selbst wenn sie nicht die Rechtsprechung betrifft. Man bezieht sich jeweils auf die Gewaltentrennung. Doch es gibt auch eine «Gewaltenhemmung», damit keine Staatsgewalt zu mächtig wird.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Als Justizminister habe ich beim Bundesgericht verschiedentlich Missstände festgestellt. Die Schwächen und mangelnde Aufsicht sind jetzt aufgebrochen durch eine längere Liebesbeziehung zweier Bundesrichter. Eine solche ist aber ausdrücklich verboten durch das Bundesgerichtsgesetz. Wegen dieser Affäre war das Gericht mutmasslich rechtswidrig zusammengesetzt, sodass etliche Revisionsgesuche eingegangen sind.

Das Bundesgericht hat bei der Bewältigung der Affäre einen schlechten Eindruck hinterlassen. Weil kein wirklicher Wille zum Aufräumen vorhanden war, ist mittlerweile auch das ganze Gericht in Verruf gekommen. Die Gerichtskommission des Parlaments musste sogar die Richterwahlen vom September auf den Dezember verschieben.

Mittlerweile haben allerdings die Bundesrichter das Heft in die Hand genommen. Sie entschieden, den bisherigen Präsidenten dem Parlament nicht mehr zur Wahl zu empfehlen, und haben sich mehrheitlich auf eine führungsmässig stärkere Person geeinigt. Das ist ein Lichtblick, genau wie die Tatsache, dass eine Gerichtsabteilung einen neuerlichen Vorfall rund um den der Liebschaft beschuldigten Bundesrichter in einer Verfügung deutlich verurteilt: Dieser versuchte nämlich bei einem richterlichen Abteilungspräsidenten zugunsten seiner Sache Einfluss zu nehmen, was selbstverständlich nicht sein darf. Bleibt zu hoffen, dass im höchsten Gericht endlich wieder für Ordnung gesorgt wird.

SCHIFFFAHRT DER JUNGEN SVP

Politischer Austausch auf dem Zürichsee

Die Schifffahrt der Jungen SVP Zürich am 21. Oktober 2026 brachte Mitglieder und politisch Interessierte auf dem Zürichsee zusammen. Unter der Leitung von Naemi Dimmeler bot der Anlass eine gute Gelegenheit, spannende politische Referate zu verfolgen, aktuelle Themen zu diskutieren und den persönlichen Austausch miteinander zu geniessen.

Yara Micieli
Zürich

Nach der Begrüssung und spannenden Referaten konnten sich die Teilnehmenden bei einer Bratwurst vom Grill und Getränken stärken und miteinander ins Gespräch kommen. Im Mittelpunkt der Schifffahrt standen die Referate der eingeladenen Gäste Marcel Dettling, Anita Borer, Natalie Rickli und Domenik Ledergerber. Sie beleuchteten verschiedene aktuelle politische Themen und gaben den Anwesenden spannende Einblicke in die laufenden politischen Debatten.

EU-Vertrag und Zuwanderung im Fokus

Die Redner gingen unter anderem auf das EU-Vertragspaket und die Zuwanderung ein. Dabei wurden wichtige politische Fragestellungen aufgegriffen und unterschiedliche Aspekte der aktuellen Herausforderungen der Schweiz beleuchtet. Die Referate boten den Teilnehmenden Gelegenheit, sich vertieft mit den angesprochenen Themen auseinanderzusetzen und neue Denkanstösse mitzunehmen.

Im Anschluss nutzten die Anwesenden die Gelegenheit, sich mit den Gästen und Rednern auszutauschen und Fragen zu stellen. Auch der persönliche Kontakt unter den Mitgliedern kam nicht zu kurz. Der direkte Austausch wurde von den Teilnehmenden sehr geschätzt und trug zu einer offenen und geselligen Atmosphäre bei.

Wertvoller Austausch

Die politischen Referate gaben den Teilnehmenden Gelegenheit, aktuelle Themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und eigene Positionen einzubringen. Die anschliessenden Gespräche boten Raum, einzelne Fragen zu vertiefen und neue Impulse mitzunehmen.

Auch das gemeinsame Erlebnis auf dem Zürichsee prägte den Anlass: In ungezwungener Atmosphäre konnten die Teilnehmenden den politischen Alltag für eine Weile hinter sich lassen. So verband die Schifffahrt politische Anregungen mit einem geselligen Abend.

Die gelungene Verbindung von Politik und Geselligkeit machte die Schifffahrt zu einem wertvollen Anlass für die Mitglieder und Gäste. Bild: zVg

JAHRESMEDIENANLASS DER GESUNDHEITSDIREKTION

Eine starke Spitallandschaft braucht klare Führung

Am Freitag, 23. Oktober, lud die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich zum jährlichen Medienanlass ein. Im Kantonsspital Winterthur standen die Bedeutung der Zürcher Spitallandschaft für die Versorgung, ihre finanzielle Entwicklung und die Herausforderungen der kommenden Jahre im Zentrum.

SB. Die Zürcher Spitäler leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung – im Kanton und darüber hinaus. Sie decken ein breites Spektrum ab: von der regionalen Grundversorgung bis zur hochspezialisierten Medizin. Zugleich sind sie bedeutende Arbeitgeber, Ausbildungsstätten und Standorte für Forschung und Innovation. Damit sie diese Leistungen auch künftig erbringen können, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen und einen realistischen Blick auf die finanzielle Lage.

Rickli setzt auf einen breiten Blick

Regierungsrätin Natalie Rickli und Jörg Gruber, Chef des Amts für Gesundheit, ordneten die aktuelle Situation der Spitalversorgung ein. Die Gesundheitsdirektion zeigte, wie sich die finanzielle Lage der Zürcher Spitäler entwickelt hat. Nach schwierigen Jahren hat sich die Lage bei vielen Häusern wieder verbessert. Gleichzeitig steht die Spitallandschaft vor weiteren Veränderungen. Die Gesundheitsdirektion will finanzielle Risiken früh erkennen und bei Bedarf gemeinsam mit den Spitälern rechtzeitig Lösungen entwickeln.

«Die Gesundheitsdirektion gewährleistet eine verlässliche Versorgung im ganzen Kanton.»

Unter Natalie Ricklis Leitung nimmt die Gesundheitsdirektion die Zürcher Spitallandschaft aus verschiedenen Perspektiven in den Blick. Sie analysiert die finanzielle Entwicklung, modelliert mögliche Szenarien, moderiert den Austausch und unterstützt die Spitäler. Zudem setzt sie regulatorische Rahmenbedingungen und begleitet die Weiterentwicklung der Versorgung. So berücksichtigt die Gesundheitsdirektion neben der Versorgungsqualität auch die finanzielle Tragfähigkeit und die Bedeutung medizinischer Innovation. Für Natalie Rickli ist zentral: «Die Bevölkerung muss sich darauf verlassen können, im Kanton Zürich eine gute medizinische Versorgung zu erhalten – heute und auch in Zukunft. Dafür trägt die Gesundheitsdirektion Verantwortung. Unser Ziel ist eine Spitallandschaft, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird und sich den Herausforderungen der kommenden Jahre stellt.»

Das KSW zeigt den Weg aus der Krise

Am Beispiel des Kantonsspitals Winterthur erläuterte Franz Studer, Präsident des Spitalrats, wie das KSW die finanziell herausfordernden Jahre bewältigt hat und welche Wirkung die eingeleiteten Verbesserungen zeigen. Der Einblick machte deutlich, wie wichtig es ist, Probleme offen anzusprechen und konsequent an tragfähigen Lösungen zu arbeiten.

Auch das Da-Vinci-Operationssystem am KSW stand auf dem Programm. Die Gäste konnten den Operationsroboter in Aktion erleben und bei einer Visite Einblick in eine Live-Operation erhalten. So verband der Anlass gesundheitspolitische Fragen mit einem unmittelbaren Eindruck vom medizinischen Alltag.

Der Anlass zeigte, wie wichtig die Arbeit der Gesundheitsdirektion für die Zürcher Spitallandschaft ist. Sie gestaltet deren Wandel vorausschauend und mit deutlichem Fokus auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Ricklis Führung gibt dieser Arbeit eine klare Richtung und stärkt die Grundlage für eine leistungsfähige und verlässliche Versorgung im ganzen Kanton.

Das Kantonsspital Winterthur (KSW) zählt heute zu den grössten Spitälern der Schweiz. Bild: Adobe Stock

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Wohlstandsverwahrloste Jungsozialisten

Geplünderte Läden, zerstörte Restaurants, verschmierte Statuen und ein historisches Rathaus, das bis auf die Grundmauern niederbrennt. Die Bilder aus Frankreich – und mittlerweile auch aus anderen europäischen Ländern – sind schockierend und lassen einen fassungslos zurück. Ich war selbst vor ein paar Wochen in Paris und habe an jeder Strassenecke protestierende Jugendliche gesehen. Ob deren bildungspolitische Anliegen gerechtfertigt sind oder nicht, kann ich nicht sagen. Einen wahnsinnig konstruktiven Eindruck haben die Jugendlichen auf mich aber nicht gemacht – den meisten schien es einfach Freude zu bereiten, ein bisschen Revoluzzer zu spielen, Antifa-Symbolik und Palästinaflaggen inklusive. Diejenigen, die die Proteste dann aber zum Eskalieren brachten, waren definitiv keine harmlosen Schüler, sondern gut organisierte Linksradikale und sonstige Chaoten, allesamt mit bemerkenswert hoher krimineller Energie. Vom ursprünglichen Anliegen etwa so weit entfernt wie Albert Rösti vom nächsten Klimaprotest ging es den Krawallanten nur noch darum, ihre Zerstörungswut und ihren Hass auf die westliche Kultur zu zelebrieren. Oder, wie SVP-Präsident Marcel Dettling es so treffend ausgedrückt hat: Man hat keinen der Plünderer mit einem Schulbuch unter dem Arm aus einem zerstörten Geschäft kommen sehen.

Mittendrin dabei im Getümmel waren auch Vertreter der Juso Schweiz, der Jugendbrigade der SP. Aus lauter Freude am Krawall haben sie angekündigt, die Proteste nun auch in die Schweiz bringen zu wollen. Ein bedenkliches Vorgehen: Protestbewegungen entstehen aus dem Bedürfnis, sich gegen politische oder gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu wehren. In Frankreich, einem zentralistischen Land ohne Volksabstimmungen, in dem sich die demokratische Mitbestimmung auf Wahlen alle fünf Jahre beschränkt, sind solche Proteste schon fast alltäglich. In der Schweiz herrscht jedoch ein anderes System: direkte Demokratie, Föderalismus und ein starker Milizgedanke. Jeder kann ein Referendum, eine Volksinitiative oder eine Petition lancieren, wenn ihm etwas nicht passt. Jeder kann sich politisch engagieren, unabhängig vom Beruf, vom Geschlecht oder vom sozialen Status, und zwar auf allen Staatsebenen und in ganz unterschiedlichen Funktionen. Genau deshalb haben wir in der Schweiz ja auch keine Massenproteste wie in anderen Ländern – sie sind schlicht nicht nötig.

Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet die Jusos Proteste nach französischem Vorbild nun auch in die Schweiz importieren wollen ohne einen konkreten Grund, einfach um des Demonstrierens willen. Echtes politisches Engagement würde halt Aufwand, Mühe und viel unbezahlte Arbeit bedeuten, etwas, das man von unseren wohlstandsverwahrlosten Jungsozialisten wohl einfach nicht erwarten darf.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linke Kulturpolitik und umstrittene Gesundheitsvorlage

Zwei Postulate sorgten im Gemeinderat für kontroverse Debatten. Im Zentrum standen die Finanzierung der Kultur, die medizinische Versorgung von Transpersonen und die Frage, welche Aufgaben die Stadt diesbezüglich übernehmen soll.

Sascha Rüegg
Gemeinderat SVP
Zürich

Mit ihrem Postulat 2026/5 forderten GLP, AL, Grüne und SP, künftig mindestens zwei Prozent des gesamten städtischen Aufwands für die Dienstabteilung Kultur vorzusehen. Damit soll die Kulturförderung dauerhaft gestärkt werden. Eine derart feste Quote würde jedoch auch künftige Budgetentscheide vorwegnehmen und den Spielraum für andere Aufgaben verkleinern.

SVP-Gemeinderat Stefan Urech kritisierte in seiner Wortmeldung vor allem die politische Ausrichtung der subventionierten Kulturlandschaft. Den Linken hielt er entgegen, es gehe nicht nur um eine «Machtergreifung», sondern vielmehr bereits um eine «Konsolidierung der Macht»: Die Linke rede zwar immer von Vielfalt, tatsächlich komme aber seiner Einschätzung nach überwiegend linksgefärbtes Gedankengut zum Zug. Als Beispiel verwies er auf das Schauspielhaus Zürich, wo Flyer zu linken Abstimmungsanliegen aufgelegt worden seien.

Urech stellte damit die Frage, ob öffentlich finanzierte Kultur die gesellschaftliche und politische Vielfalt der Stadt wirklich widerspiegle. Die SVP lehnte zudem die starre Ausgabenquote ab: Über den Einsatz von Steuergeldern müsse weiterhin anhand konkreter Prioritäten entschieden und Flexibilität gewahrt werden. Der Gemeinderat überwies das Postulat aber trotz unseren Einwänden mit deutlicher Mehrheit.

Gesundheitsversorgung: Zuständigkeiten und Schutz Minderjähriger

Das Postulat 2025/501 von SP, Grünen und GLP verlangt eine Verbesserung und langfristige Sicherstellung der medizinischen und psychologischen Versorgung von Transpersonen. Dazu sollen bestehende Angebote besser vernetzt und mögliche Versorgungshürden abgebaut werden. Die Postulanten wenden sich zudem gegen pauschale Einschränkungen bestimmter geschlechtsangleichender Behandlungen bei urteilsfähigen Minderjährigen und berufen sich auf Selbstbestimmung und internationale Empfehlungen.

SVP-Gemeinderat Yves Peier betonte, dass eine gute Gesundheitsversorgung allen Menschen zustehe, auch Transpersonen. Er stellte jedoch infrage, ob die Stadt für die verlangten strukturellen Änderungen zuständig sei: Die Verantwortung liege primär bei Bund und Kanton. Aus seiner Sicht fehlten Belege für konkrete Versorgungslücken sowie klare Angaben zu Umfang und Kosten der geforderten Massnahmen.

Peier widmete sich auch den langfristigen Folgen irreversibler Eingriffe bei Minderjährigen. Er verwies auf vorsichtigere Ansätze in mehreren europäischen Ländern und forderte sorgfältige medizinische Abklärungen. Seine Schlussbotschaft lautete, aus dem Zürcher Dialekt übertragen: «Jugendliche verdienen Schutz, nicht Druck zu irreversiblen Entscheidungen.»

SVP-Gemeinderätin Jane Bailey hinterfragte die wissenschaftlichen Grundlagen des Postulats, indem sie auf die britische Cass-Review und weitere internationale Untersuchungen verwies. Besonders kritisierte sie die Berufung auf die Nationale Ethikkommission: Diese sei ein ethisches Beratungsgremium, aber keine Institution, die selbst medizinische Wirksamkeitsstudien durchführe. Ethische Empfehlungen dürften nicht als wissenschaftlicher Sicherheitsnachweis ausgegeben werden. Bailey verlangte, dass Risiken, Urteilsfähigkeit und langfristige Folgen bei Minderjährigen sorgfältig geprüft würden.

Trotz der Einwände von Peier und Bailey überwies der Gemeinderat auch dieses Postulat mit deutlicher Mehrheit.

Beide Debatten zeigen den Konflikt um die Grenzen städtischer Aufgaben: Die SVP-Fraktion forderte klare Abgrenzung der Zuständigkeit, nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Es stellt sich die berechtigte Frage, ob öffentlich finanzierte Kultur die gesellschaftliche und politische Vielfalt der Stadt wirklich widerspiegelt. Bild: Adobe Stock

SVP BEZIRK DIETIKON

Kantonsratswahlauftakt 2027

Tolle Wahlauftaktfeier der SVP des Kantons Zürich im Chesselhuus Pfäffikon. Bei vollem Haus startete der Wahlauftakt. Der Bezirk Dietikon war mit seinen Kandidierenden sehr gut vertreten. Mit Reden vom schweizerischen Parteipräsidenten Marcel Dettling und dem kantonalzürcherischen Präsidenten Domenik Ledergerber wurden die rund 400 Anwesenden auf den Wahlkampf eingestimmt.

Gegen 21.00 Uhr trafen die Regierungsratskandidaten Natalie Rickli und Martin Hübscher ein – vorher waren sie noch zusammen mit den bürgerlichen RR-Kandidierenden Andri Silberschmidt (FDP), Martin Huber (FDP) und Philipp Kutter (Die Mitte) beim HEV im Stadttheater Winterthur. Sowohl Natalie Rickli als auch Martin Hübscher zeigten in ihren Reden nochmals auf, auf was es im Kanton Zürich ankommt. Die Reihen waren nun geschlossen und es konnte gesellig weitergehen.

Die SVP Bezirk Dietikon hat ihre Kandidierenden für die Liste 1 schon länger durch die Delegierten abnehmen lassen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren – wir freuen uns auf die Auftritte und Begegnungen mit der Bevölkerung für die Kantons- und Regierungsratswahlen 2027, die am 4. April 27 stattfinden. Jede Stimme zählt.

Rochus Burtscher,
Kantonsrat SVP

v.l.n.r.: André Bender, Konrad Lips, Yannik Hälg, Natalie Rickli, Peter Hagenbucher, Jennifer Fischer, Martin Hübscher, Martin Hartmann, Gino Adda und Rochus Burtscher. Bild: zVg

Öffentlicher Informationsanlass zum EU-Vertragspaket:

Nichts mehr zu sagen!
Unterwerfen!
Zahlen!

Magdalena Martullo-Blocher

Ort: Keller+Hess AG, Allmendstrasse 5, Regensdorf ZH
Datum: Freitag, 13. November 2026, 19:30 Uhr, Türöffnung 18.00 Uhr

Programm

- Türöffnung, Betrieb Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeit und musikalischer Begleitung
- Begrüssung durch **Raphael Albrecht,** Präsident SVP Regensdorf und **Tobias Weidmann**, Fraktionspräsident SVP ZH
- Referat von **Magdalena Martullo-Blocher,** Nationalrätin GR und Unternehmerin EMS-Chemie AG
- Gesprächsrunde über Auswirkungen des EU-Vertrags unter Leitung von **Anita Borer,** fürschi GmbH
  - **Martin Hübscher,** Nationalrat und Ing. Agr. FH
  - **Rudi Bindella,** Gastrounternehmer
  - **Barbara Steinemann,** Nationalrätin und Juristin
  - **Andreas Keller,** VR-Präsident und Geschäftsleiter Keller+Hess AG
- Fragen aus dem Publikum
- Fazit, Schlusswort und Dank durch **Benjamin Fischer,** Nationalrat

Martin Hübscher

Rudi Bindella

Barbara Steinemann

Andreas Keller

Es laden ein:
SVP Kanton Zürich
SVP Regensdorf

Alle sind eingeladen!

unterwerfungsvertrag.ch

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

LESERBRIEF

Sicherheit braucht Handeln: Warum die Schweiz ihre Grenzen wieder schützen muss

Wer die Nachrichten aus verschiedenen europäischen Metropolen verfolgt, stellt eine besorgniserregende Entwicklung fest: Zunehmende Ausschreitungen, mutwillige Sachbeschädigungen, Vandalismus im öffentlichen Raum und eine schwindende Respektierung des Rechtsstaats prägen zunehmend das Bild. Diese Zustände verunsichern die Menschen zutiefst und untergraben das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sicherheit, Ordnung und gegenseitiger Respekt sind keine selbstverständlichen Werte – sie müssen aktiv geschützt und verteidigt werden.

Die Schweiz darf diese Schockwellen nicht ignorieren oder darauf hoffen, dass verschont bleibt, wer untätig abwartet. Kriminalität und Vandalismus machen an Staatsgrenzen nicht halt, wenn diese unkontrolliert bleiben. Um unser Land, unsere Infrastruktur und vor allem die Bürgerinnen und Bürger wirksam vor grenzüberschreitenden Gefahren zu schützen, braucht es endlich wieder eine eigenständige und konsequente Steuerung des Grenzraums.

Die Grenzschutzinitiative bietet hierfür die notwendige und pragmatische Grundlage. Sie fordert eine verlässliche Kontrolle an den Schweizer Landesgrenzen sowie griffige Instrumente, um unerwünschte Entwicklungen, illegale Einreisen und das ungehinderte Einsickern krimineller Strukturen frühzeitig zu unterbinden. Es geht dabei nicht darum, die Schweiz abzuschotten, sondern darum, wieder die Souveränität darüber zu erlangen, wer unser Land betritt.

Nur wenn wir unsere Grenzen spürbar und effektiv sichern, können wir die hohe Lebensqualität, den inneren Frieden und das Vertrauen in unsere Institutionen langfristig bewahren. Ein JA zur Grenzschutzinitiative ist daher kein Zeichen von Abschottung, sondern ein unverzichtbarer Schritt für eine sichere und selbstbestimmte Schweiz.

Jérôme Hensch,
SVP Dübendorf

SVP RIFFERSWIL/HAUSEN AM ALBIS

Das Rahmenabkommen unter der Lupe

Im wunderschönen grossen Saal des Gasthofs Löwen lud die SVP Hausen am Albis zur grossen Infoveranstaltung über die Rahmenverträge mit der EU ein. Rund 90 Personen lauschten den Ausführungen von Barbara Steinemann, Nationalrätin aus Regensdorf, und Nationalrat Thomas Aeschi, dem Chef der SVP-Fraktion im Bundeshaus.

Steinemann erklärte den Begriff der «dynamischen Rechtsübernahme», der dem Rahmenvertrag zugrunde liegt: Diesem Paradigmenwechsel liegt der EU-Vertrag zugrunde, mit der Folge, dass die Schweiz laufend neues Recht, das die EU erlässt, in ihre Gesetzessammlung zu integrieren hätte. Damit werden eigene Schweizer Regeln in den Bereichen Zuwanderung aus der EU, Strom, Lebensmittelproduktion und -verarbeitung, aber auch Land- und Luftverkehr weitgehend obsolet und Brüssel hätte in ganz wichtigen Bereichen neu das Sagen. Weil wir nicht wissen, was die EU in Zukunft legiferieren wird, öffnen wir damit eine Blackbox.

Die zahlreichen Anwesenden lauschten den Ausführungen von Barbara Steinemann und Thomas Aeschi. Bild: zVg

Nein zur Passivmitgliedschaft

Die Auswirkungen seien daher fatal, führte der Zuger Nationalrat an – so bedeutend, dass es eigentlich ein Integrationsabkommen sei. Bloss verwende der Bundesrat diesen Begriff bewusst nicht. Aber von der Bedeutung komme das Abkommen fast einer Passivmitgliedschaft in der EU gleich.

So wolle die EU mit dem Stromabkommen auf unsere Stromspeicher, auf die Wasserkraft und auf unser Stromnetz zugreifen. Wir könnten nicht mehr selber entscheiden, wie wir unser Netz auslasten, wie wir unsere Stauseen benutzen, das würde dann zentral für uns entschieden. Dieser Kontrollverlust stösst auf so grossen Widerstand, dass es das Stromabkommen bisher noch gar nicht in den Ständerat geschafft hat. Das Lebensmittelabkommen, womit uns Brüssel für die landwirtschaftliche Produktion von Saatgut und Düngung über die Verarbeitung bis zum Handel mit Esswaren alles vorschreiben will, ist ebenfalls viel bestrittener, als es sich die Freunde des Unterwerfungsvertrages vorgestellt haben.

Und wenn die Abkommen unterzeichnet würden, könnten weder Parlament noch die Stimmbevölkerung frei das Gegenteil beschliessen, weil die EU immer mit Sanktionen drohen kann. Ein solches System ist völlig inkompatibel mit unserer direkten Demokratie. Niemand würde privat einen solchen Vertrag abschliessen, bei dem die eine Vertragsseite künftig alles bestimmen kann.

Linke wollen Volk und Stände umgehen

Als Präsident der mit Abstand grössten Fraktion im Bundeshaus sieht Aeschi genauer als andere hinter die Kulissen und erläuterte dem interessierten Publikum, wie dreist die Euroturbos diese Verträge durchpeitschen wollen, die uns unumkehrbar an den Brüsseler Machtapparat ketten würden. In der parlamentarischen Debatte geht es nicht einfach um unterschiedliche Interpretationen, sondern um knallharte Taktik. So wollen sie kein doppeltes Mehr, denn so werden diese Verträge gar nicht erst einer Volksabstimmung vorgelegt, ausser jemand sammelt 50 000 Unterschriften. Mit diesem Schnellvorgehen sollen dem Plan der Euroturbos zufolge die institutionellen Elemente Dynamisierung, Unterstellung unter den EuGH, Beihilfen und regelmässige Zahlungen der Schweiz an die EU noch rasch vor den Wahlen vom 24. Oktober 2027 durchgepeitscht werden, in der Annahme, so eher eine Mehrheit zu erhalten, weil damit eine seriöse Debatte des rund 20 000 Seiten umfassenden Regelwerkes hintertrieben werden kann. Eine lange Fragerunde schloss die Veranstaltung.

Raclette - Essen

Samstag, 14. November 2026, ab 18.00 Uhr

Dorfplatz 2, Hagenbuch, im Saal des alten Gemeindehauses
(Parkplätze sind hinter dem daneben befindlichen Gemeindehaus vorhanden)

Programm

ab 18.00 Uhr	Empfang und Apéro
19.00 Uhr	Begrüssung Thomas Müller, Präsident SVP Hagenbuch-Schneit
19.15 Uhr	Referat über die Standortbestimmung der Schweiz

SVP - Nationalrat Benjamin Fischer

ca. 19.45 Uhr	Raclette à discrétion mit Beilagen und Dessert
Kosten:	Apéro, Raclette à discrétion und Dessert: CHF 30.00 (exkl. Getränke)
Anmeldeschluss:	Sonntag, 8. November 2026
Anmeldung:	Mit Bekanntgabe der Anzahl Personen an: Rolf Sturzenegger, Schulackerstr. 2a, 8523 Hagenbuch 079 201 53 58 / rolfsturzenegger@hispeed.ch (Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt)

Alle sind herzlich willkommen, auch nicht SVP-Mitglieder.
Der Vorstand der SVP Hagenbuch-Schneit freut sich auf Ihren Besuch und einen gemütlichen Abend.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEF

Die Bevölkerung ist keine unerschöpfliche Geldquelle

Schon wieder soll die Bevölkerung mehr bezahlen. Am 29. November 2026 stimmen wir über die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der 13. AHV-Rente ab. Der Normalsatz soll von 8,1 auf 8,5 Prozent steigen. Für mich ist klar: Bevor der Staat erneut die Hand ins Portemonnaie der Bevölkerung steckt, muss er endlich seine eigenen Ausgaben kritisch hinterfragen.

Die Menschen in unserem Land arbeiten hart für ihr Geld. Familien müssen rechnen, der Mittelstand gerät zunehmend unter Druck, und unser Gewerbe kämpft mit steigenden Kosten. Auch im Zürcher Oberland spüren wir, dass Wohnen, Krankenkassenprämien und der Alltag immer teurer werden.

Solange wir dem Staat immer mehr Geld geben, wird er es ungeniert mit der Schaufel verteilen. Nur an wen eigentlich? Diese Frage muss erlaubt sein. Wo bleiben Ausgabendisziplin, klare Prioritäten und ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren Steuergeldern?

Auch Familien und Unternehmen können nicht dauerhaft mehr ausgeben, als sie sich leisten können. Sie müssen rechnen, verzichten und Verantwortung übernehmen. Genau das darf man auch vom Bund erwarten.

Natürlich müssen wir zur AHV Sorge tragen. Doch ihre Finanzierung darf nicht zum Freipass für immer höhere Steuern werden. Bevor die Bevölkerung erneut zur Kasse gebeten wird, muss der Bund seine Ausgaben überprüfen und Einsparungen ernsthaft angehen.

Die Schweiz lebt von Menschen, die anpacken, Verantwortung übernehmen und mit ihren Mitteln sorgfältig umgehen. Unser Mittelstand, unsere Familien und unser Gewerbe verdienen eine Politik, die ihre Belastungen ernst nimmt, statt immer neue Abgaben zu erfinden.

Darum sage ich am 29. November 2026 ganz klar: NEIN zur Mehrwertsteuererhöhung. Für einen starken Mittelstand, für unsere Familien und für einen Staat, der mit unserem hart erarbeiteten Geld sorgfältig umgeht.

Susanne Gerber,
Präsidentin der SVP Bäretswil und Kantonsratskandidatin

LESERBRIEF

Unsere Freiheit und Unabhängigkeit sind nicht verhandelbar!

Aaron Gafner
Ausschussmitglied SVP
Bezirk Meilen
Hombrechtikon

Der Wohlstand der Schweiz kommt nicht aus Brüssel, sondern ist das Ergebnis von Fleiss, Unternehmergeist und Innovationskraft der Schweizer Bevölkerung. Unsere Unternehmen haben sich mit Qualität, Erfindergeist und Wettbewerbsfähigkeit weltweit einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Diesen Erfolg verdanken wir unseren eigenen Stärken und nicht politischen Vorgaben aus der Europäischen Union.

Doch Wohlstand allein macht unser Land nicht aus. Nichts ist wertvoller als unsere direkte Demokratie, unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit. Diese Errungenschaften sind das Fundament der Schweiz. Sie dürfen weder für wirtschaftliche Versprechungen noch für eine engere Anbindung an die EU preisgegeben werden.

Die geplanten EU-Verträge werfen deshalb grundlegende Fragen auf. Die vorgesehene dynamische Rechtsübernahme, die Rolle europäischer Institutionen und mögliche Ausgleichsmassnahmen bei Streitigkeiten bergen die Gefahr, dass die Schweiz zunehmend unter politischen Druck aus Brüssel gerät. Unsere eigenständige Gesetzgebung und die demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten der Bevölkerung werden dadurch geschwächt.

Selbstverständlich ist die EU ein wichtiger Handelspartner. Doch Europa ist nicht die Welt! Die Schweiz muss ihre wirtschaftlichen Beziehungen weltweit pflegen und gleichzeitig selbst entscheiden können, welche Gesetze und Regeln in unserem Land gelten.

Unsere direkte Demokratie ist keine Verhandlungsmasse. Die Schweizer Bevölkerung muss auch künftig das letzte Wort über die Entwicklung unseres Landes haben. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass unsere politische Selbstbestimmung zunehmend eingeschränkt wird.

Für mich steht deshalb fest: Die Schweiz braucht offene Märkte und gute internationale Beziehungen, aber ebenso den Mut, ihren eigenständigen Weg zu bewahren. Unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und unsere direkte Demokratie sind unbezahlbar!

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Embrach
Mittwoch, 25. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindehaussaal, Dorfstrasse 9, Embrach, mit den Nationalräten Gregor Rutz, Benjamin Giezendanner und Franz Grüter.

Bezirk Bülach/Opfikon
Freitag, 6. November 2026, 18.00 Uhr, Herbstanlass, Hilton Zurich Airport, Hohenbühlstrasse 10, Opfikon, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung an svp@svp-opfikon.ch.

Bezirk Dielsdorf/Wehntal
Freitag, 6. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Chlupfwiesstrasse 1A, Oberweningen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Benjamin Fischer und Martin Hübscher. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Dienstag, 3. November 2026, 19.00 Uhr, Wahlanlass, Hosti-Saal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit den Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker sowie Nationalrat Martin Hübscher. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oetwil-geroldswil.ch.

Bezirk Meilen/Zollikon
Mittwoch, 4. November 2026, 20.15 Uhr, Sessionsrapport und Ausblick auf das Wahljahr 2027: Herausforderungen für Zürich und die Schweiz. Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuellen Herausforderungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Gregor Rutz sowie Sibylle Lehner (Präsidentin SVP Zollikon).

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Donnerstag, 19. November 2026, 19.00 Uhr, SVP bi de Lüüt, Gasthaus Löwen, Blitterswilerstrasse 1, Saland, mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon
Samstag, 7. November 2026, 08.30 Uhr, Standaktion, Effimärt, Effretikon, mit Kantonsrat René Truninger.

Bezirk Uster/Uster
Donnerstag, 5. November 2026, 19.00 Uhr, Podium zu den Regierungsratswahlen 2027, MusikContainer, Asylstrasse 10, Uster, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Samstag, 21. November 2026, 11.00 Uhr, Fondueplausch, Forsthaus, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Bruno Walliser. Anmeldung an daniel.schnyder@svp-uster.ch.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Pizzaessen und Parolenfassung, Restaurant Bahnhof Fratelli, Seuzacherstrasse 108, Dinhard, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Alt Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Bezirk Winterthur/Hagenbuch
Samstag, 14. November 2026, 18.00 Uhr, Raclette-Essen, Altes Gemeindehaus, Saal, Dorfplatz 2, Hagenbuch, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung an rolfsturzenegger@hispeed.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — ISSN 2296-3480 — Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP Bonstetten
www.svp-bonstetten.ch

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal

Dienstag, 3. November 2026 (19.30 Uhr)

Priska Seiler Graf
NR, SP

Mauro Tuena
NR, SVP

Nina Fehr Düsel
NR, SVP

Kriegsmaterialgesetz

Pro: Mauro Tuena, Nationalrat SVP / **Kontra: Priska Seiler Graf**, Nationalrätin SP

Erhöhung Mehrwertsteuer (AHV)

Pro: Priska Seiler Graf, Nationalrätin SP / **Kontra: Nina Fehr Düsel**, Nationalrätin SVP

Podium Bonstetten zur Volksabstimmung vom 29. November 2026. Besuchen Sie unsere **öffentlichen** Podiumsgespräche mit Berücksichtigung von Pro- und Kontra-Stimmen zu aktuellen Themen oder Abstimmungen. Wir freuen uns, viele Interessierte am 3. November begrüssen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen

Öffentlicher Informationsanlass der SVP-Wehntal

Vertrag Schweiz - EU: Fluch oder Segen?

Barbara Steinemann
Nationalrätin
im Amt seit
30.11.2015 -
Zürich, SVP

Benjamin Fischer
Nationalrat
im Amt seit
28.02.2022 -
Zürich, SVP

Martin Hübscher
Nationalrat
im Amt seit
04.12.2023 -
Zürich, SVP
Regierungsratskandidat

Freitag, 6. November 2026, um 19:30 Uhr
im Gemeindesaal in Oberweningen

Wir freuen uns, Euch zusätzlich zu den Informationen auch einen Apéro anzubieten.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Ausblick auf das Wahljahr 2027: Herausforderungen für Zürich und die Schweiz

Martin Hübscher, Nationalrat SVP
(Regierungsratskandidat)

Martin Huber, Kantonsrat FDP
(Regierungsratskandidat)

Gregor Rutz, Nationalrat SVP
(Vizepräsident Staatspolitische Kommission)

Leitung:
Sibylle Lehner, Präsidentin SVP Zollikon
(Kantonsratskandidatin)

Mittwoch, 4. November 2026, 20.15 Uhr
Ref. Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, 8702 Zollikon

Informieren Sie sich aus erster Hand über die aktuellen Herausforderungen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene.

Alle sind herzlich eingeladen, auch Nichtmitglieder!

svp-zollikon.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes